



Foto: Peter Altmeyer

Die Geschichte hinter dem Straßennamen

Folge 5

Erinnern Sie sich noch an die frühen 90er-Jahre, als es darum ging, ob die Bundesregierung nun in Bonn bei Köln bleiben oder nach Berlin ziehen sollte? Es sprach ja einiges für und einiges gegen den Regierungsumzug, und ich war damals zugegebenermaßen eher dagegen. Einerseits machte ich mir Sorgen wegen der Kosten des Umzugs, da bereits Ausgaben für ein teures Zusammenwachsen des gespaltenen und in Teilen maroden Landes ins Haus standen. Darüber hinaus befürchtete ich aus Autofahrersicht, dass die Regierung mitten in Berlin häufige Straßensperrungen verursachen würde, immer wenn mal wieder irgendein Staatsgast durch die Gegend gefahren oder irgendeine Feierlichkeit abgehalten wird – dafür wäre im beschaulichen Bonn mehr Platz. Andererseits gehört die Regierung einer aufgeklärten Industrienation nicht in die Provinz, dieses Argument wiegt aus vernünftiger Sicht schwerer. Abgesehen davon war ich dagegen, dass das Reichstagsgebäude wieder deutsches Parlament wird, denn es war für mich das Gebäude, in dem die deutsche Politik aus dem Ruder gelaufen war, in dem sich die Gewaltherrschaft der Nazis zusammengebraut hatte. Das Gebäude stand für mich somit einerseits für die Etablierung des deutschen Parlamentarismus, andererseits für den größten politischen Fehler der deutschen Geschichte. Etwas schadenfroh war ich hingegen, als das noch unter Helmut Kohl geplante und reichlich großzügig geratene Berliner Kanzleramt schon vor dem Regierungsumzug an Kohls Konkurrenz fiel.

Im Nachhinein denke ich, die Lösung, die gefunden wurde – Teilumzug der Ministerien nach Berlin mit unglaublichen Geldgeschenken an die Parlamentarier, die fortan auf Kosten der Steuerzahler pendeln durften – war alles andere als die beste, die man finden konnte. Die restlichen in Bonn verbliebenen Ministeriumsteile sollten schleunigst nach Berlin ziehen, damit die absurd teure Pendelei ein Ende hat.

Doch immerhin bekommen wir anhand der Straßen im Regierungsviertel ein paar Happen Geschichte auf dem Silbertablett, da sie nach bedeutenden Politikern benannt sind – wie Gustav Stresemann, Philipp Scheidemann, Willy Brandt, Konrad Adenauer, Friedrich Ebert, Paul Löbe, Heinrich von Gagern und weiteren. Otto von Bismarck, ohne den man sich die Gegenwart gar nicht vorstellen möchte, war allerdings mit fünf Straßen schon so ausgiebig geehrt, dass eine sechste nicht unbedingt Not getan hätte, denn ich vermisse im Berliner Straßennetz noch viele Namen, unter anderem die von Politikern wie Gustav Heinemann, Elisabeth Schwarzhaupt, Hans-Jürgen Wischnewski, Käthe Strobel, Gerhard Stoltenberg, Peter Glotz, Petra Kelly, Peter

Lorenz – um nur einige Persönlichkeiten aus der Politik zu erwähnen, deren Lebensgeschichten und Verdienste nicht in Vergessenheit geraten sollten.

Für zwei der bedeutendsten Politiker hätte man für meinen Geschmack zehnmal so große Straßen auswählen können, doch sind es immerhin die Adressen zweier der wichtigsten staatlichen Institutionen: Der Bundestag hat einen Eingang in der Scheidemannstraße, die gerade so 550 Meter lang ist und nur ungefähr zwei Hausnummern hat – darüber müssen wir uns nochmal unterhalten. Aber mit knapp 370 Metern und einer einzigen Hausnummer buchstäblich zu kurz gekommen ist die am 16.1.1998 benannte Straße, um deren norddeutschen Namensgeber es mir heute geht. Unter seinem Geburtsnamen ist er gar nicht besonders bekannt: Herbert wurde eine Woche vor Weihnachten 1913 als uneheliches Kind in Lübeck geboren. Seinen Vater lernte er nie kennen. Da seine Mutter Martha Frahm, die bemüht war, ihrem Kind ein möglichst sorgenfreies Leben zu ermöglichen, schon einige Wochen nach der Geburt wieder arbeiten musste, passte tagsüber eine Bekannte auf das Baby auf, dem somit die Nestwärme weitgehend fehlte, und das eine enge emotionale Bindung zur Mutter nicht erfuhr.

Als 1918 Marthas Stiefvater Ludwig aus dem Ersten Weltkrieg heimkehrte und – wie schon vor Herberts Geburt – als LKW-Fahrer für eine metallverarbeitende Fabrik arbeitete, wurde er die wichtigste Bezugsperson des knapp fünfjährigen Herbert Ernst Karl Frahm, der ihn fortan „Papa“ nannte. Als er Anfang 1919 umzog, Herbert zu sich nahm und neu heiratete, bekam Herbert seine Mutter nur noch ein- bis zweimal die Woche zu sehen und musste bei seiner wortkargen Stief-„Mutter“ aufwachsen, die er nicht leiden konnte. Vielleicht war es die ständige Sehnsucht nach menschlicher Wärme, die später sein politisches Handeln mitbestimmte, über das zahlreiche Weggefährten sagten, es sei von einer außergewöhnlichen menschlichen Wärme geprägt gewesen.

Doch auch sein aufrechtes Eintreten für Gerechtigkeit kam nicht von ungefähr. Als Herberts „Stiefgroßvater“ Ludwig Frahm, engagierter Sozialdemokrat und in der Arbeiterbewegung aktiv, 1923 zusammen mit 3.700 weiteren Metallarbeitern in einen Streik trat und der neunjährige Herbert ausgerechnet dem Fabrikdirektor über den Weg lief, fragte dieser ihn, ob die Familie genug zu essen hätte. Herbert verneinte wahrheitsgemäß – worauf der Direktor ihm zwei Laibe Brot schenkte. Der Stiefgroßvater tobte: Ein streikender Arbeiter nähme keine Geschenke

vom Arbeitgeber an, denn er wäre nicht bestechlich und auch kein Bettler, den man mit Almosen abspeiste. „Wir wollen unser Recht, keine Geschenke. Bring das Brot zurück, sofort!“ Herbert lief zurück. „Wie ein Soldat fühlte er sich, der mit einer Botschaft ins Lager des Feindes geschickt wird. Trotzig legte er die Brote auf den Ladentisch. Der Triumph, den er dabei empfand, ließ ihn sogar den Hunger vergessen.“ So sprach er Jahrzehnte später über sich selbst.

Die gesamte Familie sprach plattdeutsch. In der Schule lernte Herbert Hochdeutsch, erzielte gute Noten und war schon als Kind und Jugendlicher in politischen Organisationen aktiv. Seine Lieblingsfächer waren Deutsch und Geschichte. Mit zwölf trat er den „Kinderfreunden“ (Vorgängerorganisation der SPD-Jugendorganisation Die Falken) bei. Bereits mit 13 publizierte Herbert, der begeistert Mandoline spielte, erstmalig in der örtlichen SPD-Zeitung, mit 16 schon regelmäßig. Vom Chefredakteur Julius Leber, der für ihn zeitweise ein väterlicher Freund war, sagte er, dieser habe ihn entscheidend beeinflusst. Mit zunehmendem politischen Engagement ließen seine schulischen Leistungen nach. Bei seinen Mitschülern hatte er den Spitznamen „Der Politiker“. Mit Ach und Krach und dem Wohlwollen seiner Lehrer schaffte er es bis zum Abitur. Für seinen Abitur-Aufsatz über SPD-Urvater August Bebel erhielt er wiederum ein „Sehr gut“ – Politik war inzwischen Herberts Lebensinhalt (in Turnen und Latein schnitt er dagegen „mangelhaft“ ab).

Frahm leitete als Jugendlicher mehrere Kinder- und Jugendgruppen. 1930 trat er in die SPD ein, mit der er sich aber im Oktober 1931 überwarf, da diese nach Ansicht der jungen SPD-Linken um Frahm die Gefahr durch die NSDAP unterschätzte und diese als „Sekte“ abtat. Frahm wechselte gemeinsam mit anderen zeitweise zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (einer linken SPD-Abspaltung). Diese SAPD (auch SAP) wurde von den Nationalsozialisten nach deren „Machtergreifung“ wie alle Oppositionsparteien nach kurzer Zeit verboten, ein Teil der Mitglieder entschied sich aber für den Kampf im Untergrund, da man auf Seiten der Kommunisten keinen ausreichenden Widerstand gegen die Nazis mehr sah und es für notwendig hielt, in die Bresche zu springen. Sofort nach Beginn der Kanzlerschaft Hitlers warfen Frahm und seine Mitstreiter Flugblätter in Lübecker Hausbriefkästen, in denen Frahm zum „antifaschistischen Kampf“ durch „Sammlung der linken Kräfte“ aufrief. Schnell wurde von der Gestapo nach dem Verfasser gefahndet. Um vor dem Terror der Nazis sicher zu sein, wollte man künftig von mehreren Nachbarn aus agieren.

Noch 1933 beauftragte die SAPD-Führung den 19-jährigen Herbert Frahm, die Ausreise des Parteifunktionärs Paul Frölich nach Norwegen zu organisieren. Herberts direkter Auftraggeber war Jacob Walcher, ein Gefährte Wilhelm Piecks, Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, der aus der KPD geflogen war. Frölich, der in Oslo die Auslandszentrale der Partei aufbauen sollte, wurde jedoch

festgenommen und zeitweise in ein Konzentrationslager gesperrt. Frahm reiste über Dänemark nach Norwegen, wo er schließlich selbst Frölichs Aufgabe übernahm, eine Zelle der SAPD aufzubauen. 1934 schrieb Frahm sich an der Osloer Universität im Fach Geschichte ein und arbeitete für norwegische Zeitungen. Da er zugleich Widerstand gegen die Nazis in Deutschland leistete, erkannte er es als notwendig, sich einen möglichst allerweltsmäßigen Decknamen zu geben. In einem früheren Job in seiner Heimatstadt Lübeck hatte Frahm angeblich mit einer Schiffsausrüsterfirma namens William Brandt Wwe. zu tun gehabt. Er beschloss, sich Willy Brandt zu nennen. Sein Studium brachte er nur mäßig voran.

Schon 1936 betrat Herbert Frahm wieder deutschen Boden: Als Journalist, der deutsch sprach, war er bestens als Berichtersteller geeignet. Diese Tätigkeit übte er unter dem Decknamen Gunnar Gaasland in Berlin aus, wobei er deutsch mit norwegischem Akzent sprach. Ein Jahr später erstatte er aus Barcelona Bericht vom Spanischen Bürgerkrieg, wo er sich mit Paul Gauguin, dem Enkel des gleichnamigen berühmten französischen Malers, anfreundete. Da die Nazis ihn 1938 ausbürgerten, beantragte er die norwegische Staatsbürgerschaft.

Zurück in Norwegen, wo er seine politische Arbeit fortsetzte, lernte er Carlota Thorkildsen kennen, die beiden wurden ein Paar, und Herbert zeugte sein erstes Kind. Einen Tag, nachdem Carlota ihm freudestrahlend ihre Schwangerschaft mitteilte, erfuhren sie, dass eine deutsche Invasion auf dem Seeweg im Gange war, was für Herbert Lebensgefahr bedeutete, da ihm klar war, dass mit der Wehrmacht die Gestapo kommen und nach deutschen Widerstandskämpfern fahnden würde. Er musste Oslo sofort verlassen und floh in den nächsten Tagen immer weiter in den Norden des Landes. Als die Nazis das Gebiet abriegelten und Herbert zufällig auf gleichgesinnte Norweger traf, deren Gruppe sich überraschenderweise Herberts Freund Paul Gauguin angeschlossen hatte, gab Paul Herbert seine norwegische Uniform, mit der er sich tarnen konnte. Die Gruppe geriet in deutsche Gefangenschaft, doch der riskante Plan ging auf, Herbert Frahm wurde nicht enttarnt, sondern bald wieder freigelassen. Über den weiteren Aufenthalt Frahms in einem Versteck in Norwegen geben Quellen unterschiedlich Auskunft, doch offenbar heirateten Herbert und Carlota, bevor er aus Angst vor den Nazis, die ihn suchten, schweren Herzens seine „zweite Heimat“ verließ und nach Schweden floh, wo er 1940 die norwegische Staatsangehörigkeit erhielt.

Bis Kriegsende arbeitete Frahm in Stockholm als Journalist und Publizist und war weiterhin politisch tätig. Gemeinsam mit seinen sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Mitstreitern verbreitete er nicht nur Nachrichten über den beginnenden Holocaust an die teils entsetzte, teils zweifelnde Weltöffentlichkeit, es wurden auch umfangreiche Pläne für einen länderübergreifenden Frieden in einem demokratischen Europa ausgearbeitet.

Die Geburt seiner Tochter Ninja konnte er 1940 nicht miterleben, da die schwangere Carlota in Norwegen geblieben war. Er konnte die beiden auf einer konspirativen Reise um den darauffolgenden Jahreswechsel einmal für kurze Zeit besuchen, was ihm Misstrauen der schwedischen Behörden und einen mehrtägigen Gefängnisaufenthalt wegen Spionageverdachts einbrachte. Erst 1941 zogen Carlota und Ninja zu Herbert nach Stockholm, und die drei führten für einige Jahre ein solides und auskömmliches Familienleben. Da beide gutbezahlte Tätigkeiten ausübten, konnten sie sich sogar Urlaube leisten, was ihnen als Ausländer (Norweger in Schweden) auch Neid einbrachte – und, wie Brandt später zugibt, ein schlechtes Gewissen, dass man es sich in einem neutralen Land so gutgehen ließ, während die Nazis halb Europa mit Terror und Krieg überzogen.

Im Juni 1944 bekam Frahm konspirativen Besuch vom Widerstandskämpfer Adam von Trott zu Solz aus Berlin, der von einem geplanten Attentat auf Hitler sprach und Herbert Frahm fragte, ob dieser sich vorstellen könnte, sich nach dem Attentat an einer demokratischen deutschen Regierung unter Carl Friedrich Goerdeler und Julius Leber zu beteiligen. Frahm sagte sofort zu, doch seine Mitwirkung an dem Attentat kam wegen des zu hohen Risikos nicht in Betracht. Das Attentat am 20. Juli scheiterte bekanntlich, und nicht nur Goerdeler, Leber und von Trott zu Solz wurden hingerichtet.

Auf einer Hochzeitsfeier von Freunden Carlotas, auf der Herbert „von Frauen umschwärmt“ wurde, lernte er nicht nur das Brautpaar kennen (die Braut war die aus Norwegen nach Schweden geflohene und ebenfalls im Widerstand gegen die Deutschen aktive Rut Bergaust), sondern auch den vor den Nazis aus Österreich geflohenen Bruno Kreisky, mit dem er bald befreundet war, und der Brandt später als den „Inbegriff des politischen Verstandes in dieser Zeit und darüber hinaus eine politische Führungskapazität“ bezeichnete. Beide Männer wurden über 20 Jahre später in ihrem jeweiligen Heimatland Bundeskanzler.

Nach Kriegsende 1945 reiste der 31-jährige Frahm, der nun fließend deutsch, norwegisch und schwedisch sprach, zeitweise in das zerstörte und besetzte Deutschland und arbei-

tete als Korrespondent für mehrere skandinavische Zeitungen, für die er unter anderem von den Nürnberger Prozessen berichtete. Auch seine Mutter konnte Herbert nach zehn Jahren wieder in die Arme schließen.

Nach einigem Hin und Her, verschiedenen Jobangeboten und Unklarheit, ob er sich in Deutschland oder in Skandinavien mehr zu Hause fühlte, zog Herbert Frahm Ende 1946 nach Berlin, um ein attraktives Jobangebot als Presseattaché der norwegischen Militärmission anzunehmen. Da Frahm, der sich nun politisch für die im Wiederaufbau befindliche SPD engagierte, sich zwischenzeitlich an seinen Decknamen Willy Brandt gewöhnt hatte, benutzte er diesen ab 1947 als offizielles Pseudonym. Er lernte Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer und Ernst Reuter kennen. Die seit Kurzem verwitwete Rut Bergaust zog zu ihm nach Berlin und war trotz Warnungen vom Anblick dieser „Leiche einer Stadt“ erschüttert.

Brandt erhielt am 1.7.1948 die deutsche Staatsangehörigkeit zurück (Urkundeneintrag: „Herbert Ernst Karl Frahm, genannt Willy Brandt“), ließ sich von Carlota scheiden und heiratete am 4.9.1948, während der Berlin-Blockade, seine neue Lebensgefährtin Rut. 1949 ließ Herbert Frahm seinen einstigen Decknamen offiziell eintragen, so dass aus Herbert Frahm nun offiziell und endgültig Willy Brandt wurde – und aus Rut Frahm Rut Brandt, die einen Monat nach dem erneuten Namenswechsel bei Kerzenlicht den gemeinsamen Sohn Peter zur Welt brachte.

In seiner Grundsatzrede als Vorstandsvertreter sagte Brandt auf dem SPD-Parteitag am 8. Mai 1949: „Freiheit und Leben sind eins. Ohne Sicherheit der individuellen Rechtssphäre, ohne geistige Freiheit, ohne die moralischen Normen der Persönlichkeits-, Gemeinschafts- und Menschlichkeitswerte droht der Rückfall in die Barbarei.“ Bereits im selben Jahr wurde Brandt in den ersten Deutschen Bundestag gewählt (ebenso wie Konrad Adenauer, Thomas Dehler, Hermann Ehlers, Fritz Erler, Ferdinand Friedensburg, Jakob Kaiser, Kurt Georg Kiesinger, Paul Löbe, Heinrich Lübke, Franz Neumann, Erich Ollenhauer, Carlo Schmid, Louise Schroeder, Kurt Schumacher, Franz Josef Strauß, Otto Suhr und Herbert Wehner), und ein Jahr später, 1950, auch in das Berliner Abgeordnetenhaus (ebenso wie Gustav Klingelhöfer, Joachim Lipschitz, Franz Neumann, Ernst Reuter, Walther Schreiber, Otto Suhr, Joachim Tiburtius und Rudolf Wissell). Freiheit war und blieb für Willy Brandt nach Frieden das höchste Gut.

Für den 35-jährigen Brandt, der 1951 zum dritten Mal Vater wurde (Sohn Lars wurde geboren), begann nun eine Nachkriegs-Politikerkarriere, die ihn erst in Berlin, später in Bonn und schließlich international nach ganz oben bringen würde. Er wohnte mit seiner Familie in Grunewald in der Trabener Straße 74 und wurde im Dezember 1949 SPD-Kreisvorsitzender im damaligen Bezirk Wilmersdorf.

Fortsetzung voraussichtlich in der nächsten Ausgabe.

Axel Rühle / www.spezialatlas.de



Foto: Peter Müntzel

Die Geschichte hinter dem Straßennamen

Folge 5, zweiter Teil

In der letzten Ausgabe beschrieb ich den ersten und weniger bekannten Teil des Lebens von Willy Brandt alias Herbert Frahm, der aber von dramatischen Wendungen und zum Teil lebensgefährlichen Begebenheiten geprägt war. Lesen Sie nun die Fortsetzung.

Als Otto Suhr, ebenfalls früherer Widerständler und vor den Nazis geflüchtet, 1955 vom Präsident des Abgeordnetenhauses zum Regierenden Bürgermeister 'aufstieg', übernahm Willy Brandt dessen Amt als Hausherr. Der SPD-Landesvorsitzende Franz Neumann, der 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD verhindert hatte, sah seinen Stuhl wackeln und versuchte vehement aber vergeblich, den innerparteilichen Aufstieg Brandts zu verhindern. Als Suhr zwei Jahre später turnusmäßig für ein Jahr Bundesratspräsident geworden wäre, starb er mit 63 Jahren, acht Tage vor der Amtsübernahme, an Leukämie. Daraufhin wurde der jährliche Amtswechsel vom 7. September auf den 1. November verschoben (was auch heute noch gilt), und Willy Brandt, der als Suhrs Nachfolger als Regierender Bürgermeister in das Rathaus Schöneberg einzog, war automatisch sofort auch Bundesratspräsident (und schied vorläufig aus dem Bundestag aus). Die Große Koalition, die Suhr trotz absoluter Mehrheit wegen der krisenhaften Situation West-Berlins gebildet hatte, setzte Brandt fort.

Brandt, der selbst wenig elterliche Zuwendung erfahren hatte, konnte zwar auch zu seinen Kindern nie eine innige Beziehung aufbauen, gab jedoch der Politik eine menschliche Dimension: „Der Tag wird kommen, an dem das Brandenburger Tor nicht mehr an der Grenze liegt, an jener Grenzlinie, die mitten durch unsere Familien geht, die das Volk zerreißt, die unser Berlin aufspaltet. Bis jener Tag kommt, bitten wir, rufen wir, fordern wir: Macht das Tor auf! Macht Schluss mit der widernatürlichen Spaltung!“ So sprach er vor 700.000 Menschen am Reichstag, die gegen ein Ultimatum von Sowjet-Diktator Nikita Chruschtschow demonstrierten, mit dem die Sowjets 1958 den Abzug der West-Alliierten aus West-Berlin erzwingen wollten – nach der Blockade 1948 ein weiterer Versuch, West-Berlin mal wieder zu vereinnahmen. Immerhin betrieb Chruschtschow für Sowjetverhältnisse eine Politik der Entspannung und war zwar noch als Stalinist durch brutale Intrigen an die Macht gekommen, kritisierte später aber den Personenkult um Stalin und den damit verbundenen Massenmord und ließ überlebende politische Häftlinge frei. Doch auch Chruschtschow setzte seine Macht mit Mord und Totschlag durch und hatte unter anderem 1956 in Ungarn Freiheitsbestrebungen der Bevölkerung mit Panzern der Roten Armee blutig niederschlagen lassen.

Dass das Chruschtschow-Ultimatum in den Wahlkampf fiel, wusste Brandt zu nutzen, um erst recht öffentlichkeitswirksam seinen Freiheitswillen zu formulieren. Durch klare Worte („das ist untragbar“) und entschlossenes Auftreten, z. B. mit Forderungen nach Lockerungen an den Ost-Berliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert jr., erlangte er schnell Popularität, so dass die Berliner SPD 1958 ihre absolute Mehrheit ausbaute und Brandt zum Landesvorsitzenden wählte. Das

alles beherrschende Thema war nicht mehr der Wiederaufbau, sondern die Überwindung der immer schmerzhafteren Abspaltung der beiden Teile Deutschlands bzw. Berlins. Brandt ließ von Anfang an keinen Zweifel, dass eine Wiedervereinigung sein oberstes Ziel war, und sprach von „empörendem Unrecht“ und von enger Verbundenheit „mit unseren Mitbürgern in Ost-Berlin und mit unseren Landsleuten in der Zone“. Nicht zuletzt solche Reden werden heute als Beginn der Entspannungspolitik angesehen. Noch sah es nicht danach aus, als hätten West-Berliner Politiker allzu großen Einfluss darauf, denn das Sagen hatten hauptsächlich – vor allem im Osten – die alliierten Besatzungsmächte, und obwohl Stalin seit fünf Jahren tot war und im Ostblock eine „Entstalinisierung“ im Gange war, hatten in Ost-Berlin nur Politiker eine Chance, die sich zu Marionetten des Sowjetapparates machen ließen. Doch auch die U.S.-Regierung nahm großen Einfluss und verhinderte 1959 ein Treffen zwischen Brandt und Chruschtschow – eine peinliche Situation für Brandt, als Bürgermeister einer „halben Stadt“ eine Einladung des Regierungschefs des größten Landes der Welt nicht annehmen zu dürfen. Brandt warnte bereits zu dieser Zeit, der DDR-Führung könnte eines Tages nichts anderes übrig bleiben, als auf die immer weiter steigenden Flüchtlingszahlen mit einem Abriegeln der Grenzen zwischen Ost und West zu reagieren. Er benutzte als Vergleich das Bild der Chinesischen Mauer. Wahrscheinlich wusste Brandt nicht, dass die DDR-Regierung genau dies bereits seit 1951 plante – und dafür den Geheimnamen „Projekt Chinesische Mauer“ verwendete.

Als im Januar 1961 der 43-jährige John-F. Kennedy nach einem ungewohnt volksnahen Wahlkampf den U.S.-Präsidenten Dwight D. Eisenhower ablöste, war der nur drei Jahre ältere Willy Brandt beeindruckt – und ebenso sein junger Wahlkampfleiter Klaus Schütz, der sich bzw. Brandt davon eine Scheibe abschnitt und für Brandt das Wort „Kanzlerkandidat“ erfand.

Nachdem einerseits das Chruschtschow-Ultimatum ohne Wirkung geblieben war und andererseits der Strom von Flüchtlingen vom Osten in den Westen Deutschlands bzw. Berlins immer weiter answoll, griff der ungeduldige Chruschtschow, berüchtigt unter anderem durch einen legendären Wutanfall, bei dem er 1960 angeblich mit seinem Schuh auf das Rednerpult eingeschlagen hatte, nun zu einem brutalen Mittel, das die Welt veränderte: dem Bau der Berliner Mauer am 13.8.1961. Dieser fiel mitten in den Bundestagswahlkampf, was Brandt zur Äußerung veranlasste, DDR-Staatschef Walter Ulbricht wäre „ein Kettenhund, dem die Sowjetunion ein Stück Leine gelassen hat“.

Brandt forderte den seit 1949 regierenden, 85-jährigen Konrad Adenauer heraus. Dieser bezeichnete seinen Gegner im Wahlkampf als „Brandt alias Frahm“, womit er offiziell nur auf dessen Zeit im Exil anspielte, die Bevölkerung aber subtil auch an Brandts uneheliche Herkunft erinnerte, was in der konservativen Nachkriegszeit durchaus noch Wähler beeinflussen konnte – als ob man für seine Herkunft etwas könnte. Der Bundesverteidigungsminister und neu gewählte CSU-Vorsitzende

Franz Josef Strauß, der sich zu dieser Zeit vehement für eine nukleare Bewaffnung der Bundesrepublik einsetzte, ging mit seinen persönlichen Angriffen gegen Brandt noch weiter und stellte ihn wegen seines Auslandsaufenthalts während der Nazizeit als Vaterlandsverräter hin.

Privates Glück bescherte der Familie Brandt hingegen der Umstand, dass Ehefrau Rut zehn Tage vor der Wahl den dritten gemeinsamen Sohn Matthias zur Welt brachte.

Die SPD verlor die Wahl, so dass Brandt zwar wieder für ein halbes Jahr Bundestagsabgeordneter wurde, jedoch hauptamtlich Regierender Bürgermeister blieb – und Adenauer Bundeskanzler. In einem Brief an U.S.-Präsident Kennedy verlangte Brandt Aktionen anstelle von Worten, hatten die Westalliierten doch der Errichtung der Sperranlagen tatenlos zugesehen – und verhielten sich aus Angst vor einem erneuten Krieg auch danach recht passiv. Schließlich waren U.S.A. und UdSSR gerade dabei, sich mit Kernwaffen- und Wasserstoffbombentests gegenseitig zu übertrumpfen.

Als Chruschtschow für Januar 1963 einen Besuch in Ost-Berlin ankündigte, signalisierte auch der durch Rückhalt in der Bevölkerung erstarkte Brandt erneut Interesse an einer Begegnung und setzte selbstbewusst noch einen drauf: „Meines Erachtens würde es ihm nicht schaden, sich die Mauer von beiden Seiten anzusehen.“ Chruschtschow ließ sich zwar nicht auf einen Besuch in West-Berlin ein, lud Brandt aber in die Sowjet-Botschaft Unter den Linden zu einem Gespräch ein, und diesmal stimmten auch die Westalliierten zu. Brandt war erleichtert, das zwei Jahre zuvor verhinderte Treffen nachholen zu können – als die Opposition ihm einen Strich durch die Rechnung machte und eine Regierungskrise vom Zaun brach: Mit der Begründung „mit Gefängniswärtern verhandelt man nicht“ drohten die CDU-Senatoren geschlossen mit ihrem Rücktritt, sollte Brandt sich mit dem obersten Kommunisten treffen. Auch sein Argument „besser kleine Schritte als große Worte“ wurde von der CDU mit der Antwort „die Wunde muss offen bleiben“ abgebugelt. Brandt fluchte resigniert: „Die ganze Politik soll sich zum Teufel scheren, wenn sie nicht den Menschen nutzt.“ Sein damaliger Pressesprecher Egon Bahr, über den der Kontakt zustande gekommen war, erinnert sich, dass es ein „schwerer Gang“ war, den Gewährsmann der sowjetischen Botschaft zu treffen und ihm die erneute Absage Brandts überbringen zu müssen.

Brandt ärgerte sich, dass er sich in einem solchen Maße hatte beeinflussen lassen, nahm sich vor, künftig absolut unerpressbar zu sein, und ging umso entschlossener in den Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus. Auch große Teile der Bevölkerung waren empört über das Verhalten der CDU, und am 17.2.1963, bei der ersten Abgeordnetenhauswahl nach dem Mauerbau, verbesserte die SPD ihr Wahlergebnis nochmals auf über 61,9% der Stimmen, ein noch höherer Anteil als die Hamburger SPD 2011 mit Olaf Scholz erreicht hat.

Im Juni 1963 bequeme sich endlich der Präsident der U.S.A. nach Berlin, was bei den West-

Berlinern große Hoffnung weckte. Aus seiner umjubelten Rede vom Balkon des Schöneberger Rathauses wurde eine Äußerung legendär: „Vor zweitausend Jahren war der stolzeste Satz: ‚Ich bin ein Bürger Roms‘. Heute, in der Welt der Freiheit, ist der stolzeste Satz: ‚Ich bin ein Berliner.‘“ Für noch bedeutender hält ARD-Journalist und Brandt-Biograph Peter Merseburger die Rede, die Kennedy später an der FU hielt. Er sagte, in dieser schwierigen Situation käme alles darauf an, „dass ihr den Kontakt zum Osten nicht abbrechen lasst, sondern ihn sucht“.

Im Sinne solcher Bemühungen konnte Brandt in Verhandlungen mit Ulbricht immerhin erreichen, dass Westdeutsche ihre Verwandten in der DDR wieder besuchen durften. Er befand sich allerdings in einem Interessenskonflikt: Einerseits wollte er Kontakt zur DDR und anderen osteuropäischen Staaten auf- und ausbauen und war wesentlich stärker um Annäherung bemüht als die Bundesregierung und die Westalliierten. Andererseits durfte er nicht zu deutlich den Eindruck erwecken, eine eigene Außenpolitik zu betreiben, da dies die Behauptung der Sowjets bestätigt hätte, West-Berlin wäre eine ‚eigenständige politische Einheit‘ und keineswegs Teil der Bundesrepublik.

Ein knappes halbes Jahr nach seiner legendären Rede im Rathaus Schöneberg wurde John F. Kennedy ermordet. Die Hintergründe sind bis heute mysteriös und von den wildesten Theorien umrankt.

Als 1964 Chruschtschow abgesägt und Leonid Breschnew zum Sowjet-Diktator gekürt wurde, änderte sich für Brandt und die westdeutsche Führung nicht viel – außer dass der neue Regierungschef weniger reformfreudig war, eine Phase des Neostalinismus einleitete und wie sein Vorgänger die Meinungsfreiheit unterdrückte – was jegliche Veränderungen bremste und für Brandts Politik nicht eben eine Erleichterung bedeutete. Breschnews Ära wird im Nachhinein – unter anderem von Michail Gorbatschow – als „goldenes Zeitalter der Stagnation“ bezeichnet.

Zur nächsten Bundestagswahl 1965 wurde Brandt, nun nach dem Tod Erich Ollenhauers Bundesvorsitzender der SPD und nach wie vor Regierender Bürgermeister West-Berlins, erneut Kanzlerkandidat und führte einen volksnahen Wahlkampf, in den er, ähnlich wie zuvor Kennedy, auch seine junge Familie einbezog. Auch Brandts Ehefrau Rut war bereits eine große Sympathieträgerin, und so konnte sich Willy Brandt durch seine Nähe zu den Menschen als Politiker zum Anfassenden präsentieren. Als er im Wahlkampf 1961 mit seinem 12-jährigen Sohn Peter im offenen Cabrio durch die Dörfer gefahren war und hunderte Anhänger ihn euphorisch begrüßten, hatte eine Frau lautstark „Willy go home!“ gerufen. Seinen irritierten Sohn hatte Brandt daraufhin beruhigt: „Man kann nicht nur Freunde haben.“ Brandt wurde auch von namhaften Schriftstellern und anderen gebildeten Prominenten öffentlich unterstützt.

Trotz vieler begeisterter Anhänger unterlag er bei der Wahl 1965 Ludwig Erhard, der den zurückgetretenen Adenauer zwischenzeitlich im Kanzleramt beerbt, das Wirtschaftswunder eingeläutet und somit für neuen Wohlstand gesorgt hatte. Brandt zog sich vorläufig aus der Bundespolitik zurück und machte keinen Hehl aus seiner Enttäuschung darüber, dass man früheren Nazis ihre Vergangenheit verzieh, während seine Vergangenheit ständig gegen ihn ausgelegt und für Diffamierungskampagnen benutzt wurde. Sein Freund Egon Bahr resümiert: „Es gibt eine Mischung aus Gemeinheit, Heuchelei und Infamie, die hilflos macht, besonders Menschen, denen die Natur eine empfindsame Seele gegeben hat, von einer robusten Schale kaum geschützt.“

Als 1966 die schwarz-gelbe Regierungskoalition unter Erhard auseinanderbrach und die F.D.P. der SPD Koalitionsbereitschaft signalisierte, trat Willy Brandt als Regierender Bürgermeister zurück und ging mit seiner Frau und den beiden jüngeren Söhnen nach Bonn, wo er erneut einen äußerst engagierten Wahlkampf führte. Er erinnerte in Reden daran, dass die SPD die Partei war, die Deutschland „niemals in den Krieg geführt“ und „niemals Terror und Knechtschaft über unser Volk gebracht“ hätte. „Die Geschichte lehrt: Wenn die Sozialdemokraten von der Verantwortung ausgeschaltet waren, ging es mit unserem Vaterland nie bergauf, sondern bergab.“ Brandt hatte Erfolg und wurde ohne Bundestagsmandat Außenminister und Vizekanzler in der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger. Doch die Politik wurde von Teilen der Bevölkerung zunehmend als zu konservativ wahrgenommen, und unter anderem aus dem Unmut über die mangelnde Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit erwuchs 1968 die berühmte 68er-Protestbewegung, die keineswegs, wie die Springerpresse es gerne darstellt(e), hauptsächlich aus protestierenden Chaoten bestand, sondern von einer breiten, gebildeten und demokratisch eingestellten Schicht getragen wurde, die sich auch mit der Politik Willy Brandts identifizierte und diesen im nächsten Wahlkampf unterstützte.

Ebenfalls 1968 bewies Leonid Breschnew deutlich, dass sein Regime auch vor brutaler Gewalt nicht zurückschreckte, als der kommunistische Regierungschef Alexander Dubček den Versuch der Lockerung der Diktatur in der Tschechoslowakei unternahm (der Prager Frühling) und Breschnew diese Fortschrittsbemühungen im August durch eine halbe Million Soldaten aus der UdSSR, Polen, Ungarn und Bulgarien blutig niederschlagen ließ. Auch Walter Ulbricht, der sich für die Niederschlagung eingesetzt hatte, schickte zwei kampfbereite NVA-Divisionen an die Grenze, die aber – entgegen der damaligen Darstellung in der europäischen Presse – nicht zum Einsatz kamen. Über die Gründe dafür sind die Historiker sich uneins.

Bei der Wahl 1969 wurde Brandt zum dritten Mal Mitglied des Bundestages und diesmal auch Bundeskanzler – mit einer dünnen Mehrheit. Gegen den Willen seiner Parteigenossen Herbert Wehner und Helmut Schmidt tauschte er allerdings den bisherigen Koalitionspartner CDU gegen die F.D.P. aus, so dass Walter Scheel Außenminister und Vizekanzler wurde. Brandt sagte in seiner ersten Regierungserklärung: „Wir suchen keine Bewunderer, wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten. Das Selbstbewusstsein dieser Regierung wird sich als Toleranz zu erkennen geben.“ Sein legendärer Satz „wir wollen mehr Demokratie wagen“ – der die CDU empörte, da diese der Meinung war, bereits eine ganze Menge Demokratie gewagt zu haben – sowie seine „neue Ostpolitik“, maßgeblich von Egon Bahr, jetzt Staatssekretär im Bundeskanzleramt, mitgetragen, ließen nicht nur frische Luft in das vermiefte Nachkriegsdeutschland, sondern brachten nun auch auf Bundesebene das stetige aktive Bemühen in Gang, in kleinen Schritten die innerdeutsche Grenze durchlässiger zu machen und auf die Wiedervereinigung hinzuwirken.

Dazu diente unter anderem ein Treffen mit dem ebenfalls annäherungsinteressierten DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph in Erfurt im März 1970, bei dem mehrere tausend Brandt-Anhänger mit Sprechchören „Willy Brandt ans Fenster!“ vor dem Hotel Erfurter Hof Ärger mit der Volkspolizei riskierten. Brandt trat tatsächlich ans Fenster und beruhigte die Menge, um die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht zu einer Eskalation führen zu lassen. Von konservativer Seite im Bundestag

hagelte es für das Treffen heftige Kritik. Und auch zu den Westalliierten musste Brandt die Beziehungen pflegen, um mit seiner Ostpolitik akzeptiert zu werden. Dies gelang ihm offenbar – so die Ansicht des späteren U.S.-Außenministers Henry Kissinger, der im Nachhinein über die Ära Brandt sagt, die deutsch-amerikanischen Beziehungen wären niemals besser gewesen.

Noch mehr Feinde im eigenen Land machte sich Brandt, als er 1970 Leonid Breschnew in Moskau besuchte und mit ihm nach schwierigen Verhandlungen die Ost-Verträge unterzeichnete, in denen er unter anderem die aktuellen territorialen Grenzen anerkannte, was besonders für das polnische Volk von größter Bedeutung war. Doch Brandt wusste der Skepsis ohne Pathos beizukommen, als er noch in Moskau in einer Fernseh-Ansprache sagte: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war. Wir haben den Mut, ein neues Blatt in der Geschichte aufzuschlagen. Dies soll vor allem der jungen Generation zugute kommen, die im Frieden und ohne Mitverantwortung für die Vergangenheit aufgewachsen ist, und die dennoch die Folgen des Krieges mittragen muss – weil niemand der Geschichte seines Volkes entfliehen kann.“ Der ARD-Journalist Friedrich Nowotny bezeichnet diese Zeit als „äußerst spannungsgeladen“, denn es gab ein von Franz Josef Strauß angestacheltes und von Vertriebenen unterstütztes politisches Lager, das erbittert gegen Brandts Entspannungspolitik kämpfte („Brandt an die Wand!“) und der Regierung vorwarf, die Machtposition der Sowjetunion unnötig zu stärken.

Bei einem Besuch des Warschauer Ghetto-Mahnmahls brachte Brandt im Dezember 1970 mit seinem spontanen Kniefall, mit dem er die Opfer des Nationalsozialismus stellvertretend für das deutsche Volk um Vergebung bat, weltweit und besonders im Ostblock Politiker zur Änderung ihrer skeptischen Haltung gegenüber der Bundesregierung. Mit dieser Geste, die mit großer Bewegung wahrgenommen wurde, vollzog die Entspannungspolitik der Regierung Brandt/Scheel eine weitere, bedeutende Etappe auf dem langen Weg zur Wiedervereinigung, und Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis. Im selben Jahr führte er mit Breschnew mehrtägige Gespräche in dessen Ferienhaus auf der ukrainischen Halbinsel Krim, wobei die beiden Regierungschefs in einer den Umständen entsprechend freundlichen und konstruktiven Gesprächsatmosphäre ihre Positionen austauschten und einen regen Briefwechsel begannen.

Widerum sehr umstritten war der gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder beschlossene ‚Radikalerlass‘, der Mitglieder extremistischer Organisationen vom öffentlichen Dienst ausschloss und sich etwas zu auffällig gegen die DKP richtete (und später von Brandt selbst als Fehler bezeichnet wurde), was die Opposition wiederum sehr begrüßte. Brandt wollte die Maßnahme als Bollwerk gegen eine kommunistische Unterwanderung des öffentlichen Dienstes verstanden wissen.

Aufgrund der umstrittenen Regierungspolitik waren bis 1972 so viele Abgeordnete aus den Koalitionsfraktionen unter Protest zur Union gewechselt, dass diese nun über eine absolute Mehrheit der Sitze verfügte und versuchte, Willy Brandt per Misstrauensvotum abzulösen und den eigenen Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel zum Kanzler zu wählen. Der DDR-Regierung war dieser aber wesentlich weniger geheuer als Brandt, und das MfS bestach zwei Unionsabgeordnete, nicht für Barzel zu stimmen, so dass das Votum überraschend scheiterte und Brandt im Amt blieb. Da er ohne Mehrheit aber nicht mehr handlungsfäh

hig war, stellte er die Vertrauensfrage, die dazu führte, dass Bundespräsident Gustav Heinemann den Bundestag auflöste. Bei der Neuwahl 1972 verbesserte die SPD ihr Ergebnis, und Brandt, dem dies als größter Erfolg seiner Karriere bescheinigt wurde, blieb Kanzler.

Im Wahlkampf hatte Willy Brandt sich völlig verausgabt und musste wegen einer Stimmbandentzündung ins Krankenhaus. Von dort aus konnte er die Koalitionsverhandlungen nur schriftlich führen und seine Interessen zu wenig durchsetzen. Inzwischen wirkte er außerdem amtsmüde, und die überhöhten Erwartungen in ihn belasteten ihn ebenso wie die Ölkrise und ein harter Konflikt mit der ÖTV (einer der Vorgängergewerkschaften von ver.di).

Auf internationalem Parkett konnte Brandt hingegen etwas bewegen, als er dem von politischen Unruhen geschüttelten Portugal aus einer schwierigen Lage half. Das Militär hatte die seit 1933 bestehende Ein-Parteien-Diktatur gestürzt, eine Übergangsregierung gebildet, die letzten Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen und war im Versuch begriffen, demokratische Strukturen zu schaffen. Unter anderem um eine kommunistische Machtergreifung zu verhindern, unterstützte und begleitete die SPD 1974 die Gründung einer gemäßigt sozialistischen portugiesischen Partei, die später demokratisch regierte. Auch gelang es Brandt, sowohl die sowjetische als auch die U.S.-Regierung vom Verzicht auf eine militärische Intervention in Portugal zu überzeugen.

In Bonn blieb es für Willy Brandt dennoch schwierig. Den Rest gab dem erschöpften, gesundheitlich angeschlagenen und von Selbstzweifeln geplagten Bundeskanzler wiederum die Stasi, die ihm 1972 den Spion Günter Guillaume als persönlichen Referenten untergejubelt hatte, der im April 1974 enttarnt wurde, was eine schwere innenpolitische Krise verursachte, worauf Brandt am 7. Mai 1974 zurücktrat. Die Guillaume-Affäre wurde aber nur als Auslöser gesehen. Als wahre Gründe für Brandts Rücktritt gelten vielfältige Dinge wie Depressionen, Alkoholprobleme, Gerüchte über Affären mit Frauen, Kritik und Angriffe aus dem gegnerischen und aus dem eigenen Lager, besonders durch Dauerkonkurrent Herbert Wehner, sowie die Unlust, sich nochmals in einem Bundestagswahlkampf den ständigen Diffamierungen durch die Union auszusetzen. Als Brandt seinen Rücktritt bekanntgab, hatte seine Fraktion einen Blumenstrauß vorbereitet, der zur Überreichung nicht einmal aus der Cellophanhülle genommen wurde. Diese Geste der Gleichgültigkeit sowie eine heuchlerische Rede Wehners, die Fraktion stehe hinter Brandt, ließ Brandts Freund Egon Bahr, inzwischen Minister für Besondere Aufgaben, in Tränen ausbrechen.

Nachfolger im Kanzleramt, nachdem Walter Scheel die Geschäfte kurzzeitig geführt hatte, wurde der bisherige Finanzminister Helmut Schmidt, Scheel wurde zum Bundespräsidenten gewählt, und Hans-Dietrich Genscher wechselte vom Innen- in das Außenressort, das er mit einer kurzen Unterbrechung für 18 Jahre innehaben sollte. Brandt blieb jedoch politisch aktiv: Er war nach wie vor Parteivorsitzender und Bundestagsabgeordneter, und seine Worte fanden international Gehör. So begleitete er ab 1975 wie zuvor in Portugal nun auch in Spanien erfolgreich den Übergang von der Franco-Diktatur zur Demokratie.

1976 wurde Brandt Präsident der Sozialistischen Internationale. Nach einer Pause aufgrund eines Herzinfarkts im November 1978 ließ sich Brandt 1979 in das Europäische Parlament wählen und betätigte sich nun ohne Druck der Kanzlerschaft aber kraft seiner weltweiten Autorität auf ver-

schiedenen politischen Feldern, insbesondere außenpolitisch. 1977 übernahm er den Vorsitz der Nord-Süd-Kommission, deren Abschlussbericht „Das Überleben sichern“ zu den Problemen in der Dritten Welt 1980 als Brandt-Report in die Geschichte einging. 1979 traf sich Brandt zu Gesprächen mit Bruno Kreisky und Yasir Arafat.

Privat lief es hingegen nicht mehr so gut wie während der Kanzlerschaft, als seine Frau ihm den Rücken freigelassen und ihn nach allen Kräften unterstützt hatte: Nach seinem Rücktritt hatte das Ehepaar sich auseinandergeliebt, und Willy Brandt war 1979 eine Beziehung mit seiner Parteifreundin, der Journalistin Brigitte Seebacher eingegangen, woraufhin Rut Brandt sich 1980 scheiden ließ. Sie blieb weiter eine Person des öffentlichen Lebens in Bonn, begegnete ihrem Ex-Mann jedoch nie wieder. 1983 heiratete Willy Brandt seine Lebensgefährtin Brigitte. Auch zu seiner Tochter Ninja aus seiner ersten Ehe hatte Brandt noch Kontakt und lud zu Urlauben in seinem Haus in Südfrankreich auch seine kleine norwegische Enkeltochter ein.

Ebenfalls 1983 meldete sich Brandt mit Kritik am NATO-Doppelbeschluss zu Wort: „Wir brauchen in Deutschland nicht mehr Mittel zur Massenvernichtung, wir brauchen weniger.“ Hintergrund war eine Vereinbarung der NATO-Staaten einschließlich der Bundesrepublik unter Kanzler Helmut Schmidt, Westeuropa mit amerikanischen Mittelstreckenraketen hochzurüsten, was bedeutete, dass an mehreren südwestdeutschen Standorten Pershings aufgestellt werden sollten, die im Fall eines kriegerischen Angriffs aus Warschauer-Pakt-Staaten zum Einsatz kommen und mit Nuklearsprengköpfen in Richtung Sowjetunion abgeschossen werden sollten. Damit wollten die Amerikaner der militärischen Übermacht der Sowjetunion, die in Osteuropa bereits auf Westeuropa gerichtete Raketen aufgestellt hatte, etwas entgegensetzen. Der öffentliche Protest, aus dem eine bundesweite Friedensbewegung hervorging, mit der Willy Brandt eng verbunden war, konnte nicht verhindern, dass ab Dezember 1983 tatsächlich amerikanische Raketen in Westdeutschland aufgestellt wurden.

1984 sprach Brandt mit Fidel Castro, mit Deng Xiaoping und erstmals mit dem sowjetischen Reformpolitiker Michail Gorbatschow, 1985 mit Erich Honecker. Als der sympathische und in der Bevölkerung beliebte neue Staatschef Gorbatschow Anfang 1986 unter dem Schlagwort Perestroika (Umbau) den sowjetischen Staatsapparat zu modernisieren begann, die Pressezensur entschärfte und für Glasnost (Offenheit) sorgte, witterte Honecker „Konterrevolution“, also seinen Machtverlust, fand plötzlich gar nicht mehr, dass „von der Sowjetunion lernen Siegen lernen“ heißt, forderte Maßnahmen gegen sowjetische Schriftsteller, die im Westfernsehen auftraten, ließ sowjetische Filme und Zeitschriften in der DDR verbieten und protestierte beim Sowjet-Botschafter – zu spät. Gorbatschow ließ ihn abblitzen.

Der Fall der Mauer 1989 war eine erste Erfüllung dessen, wofür Willy Brandt sich seit Kriegsende maßgeblich und unerlässlich eingesetzt hatte. Der inzwischen 76-jährige, der im März 1987 nach Meinungsverschiedenheiten vom Parteivorsitz zurückgetreten (Nachfolger: Hans-Jochen Vogel) und im Juni zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit gewählt worden war, setzte sich aber nicht zur Ruhe, sondern korrespondierte lebhaft mit Michail Gorbatschow und konnte diesem die Bedenken gegen die deutsche Wiedervereinigung nehmen. Nach der Wiedervereinigung 1990 trat Brandt vehement für einen Regierungsumzug nach Berlin ein.

Keine anderthalb Jahre, nachdem Brandts schwerkranker Freund Bruno Kreisky gestorben war und

Brandt in Wien die Grabrede gehalten hatte („Lebwohl, mein lieber, schwieriger Freund“), erkrankte Willy Brandt im Oktober 1991 an Krebs. Nach einer erfolgreichen und einer zweiten, erfolglosen Operation zog sich Brandt 1992 mit seiner Frau in sein Haus südlich von Bonn zurück und legte die Präsidentschaft der Sozialistischen Internationale nieder. Er gab Vizepräsident Felipe González Márquez auf den Weg: „Besinnt Euch darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf der Höhe der Zeit zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll!“

Am 20. September suchte Michail Gorbatschow Brandts Haus zu einem Überraschungsbesuch auf. Da Brigitte Seebacher-Brandt dem Besucher, der sich an der Sprechanlage als Gorbatschow meldete, nicht glaubte und einen billigen Scherz vermutete, ließ sie ihn nicht ein, und Brandt und Gorbatschow bekamen sich nicht mehr zu Gesicht.

Am Nachmittag des 8. Oktober 1992 starb Willy Brandt einige Wochen vor seinem 79. Geburtstag. Sein Ehrengrab befindet sich neben dem von Ernst Reuter auf dem Waldfriedhof Zehlendorf an der Potsdamer Chaussee in Nikolassee, wo sich auch das Grab seiner langjährigen Ehefrau Rut befindet, die Jahre nach seinem Tod nach Berlin zurückkehrte und 2006 starb.

Die drei gemeinsamen Söhne sind heute ebenfalls bedeutende Personen: Der älteste Sohn Peter Brandt (62), der 1966 nicht mit der Familie nach Bonn zog, sondern als 18-jähriger kurz vor dem Abitur stand und in Berlin blieb, ist Professor für Geschichte und unterrichtete bereits an verschiedenen deutschen Universitäten. Sein Bruder Lars Brandt (59) ist Schriftsteller, Filmemacher und Künstler in Bonn. Der jüngste Bruder Matthias Brandt (49) ist Schauspieler und spielt beispielsweise im Fernsehfilm ‚Im Schatten der Macht‘ von 2003 über den Rücktritt Willy Brandts den DDR-Spion Günter Guillaume sowie neuerdings einen Ermittler in der Serie ‚Polizei 110‘. Willy Brandts dritte Ehefrau Brigitte (64) ist seit 2003 mit Bankmanager Hilmar Kopper (75) verheiratet, der nach der Ermordung des Vorstandssprechers Alfred Herrhausen 1989 dessen Tätigkeit an der Spitze der Deutschen Bank übernahm und später Aufsichtsratsvorsitzender bei DaimlerChrysler wurde.

Nachdem die Bundesgeschäftsstelle der SPD in Bonn seit 1975 im Erich-Ollenhauer-Haus beheimatet war, stand Mitte der 90er-Jahre der Umzug nach Berlin an. Da der Lindenhof in der Lindenstraße 3 in Kreuzberg, an dem die SPD von 1914 bis 1933 beheimatet gewesen war, abgerissen ist und das Grundstück nicht zur Verfügung stand, zog man in ein nahe gelegenes, eigens neu errichtetes Gebäude an der Wilhelm-Ecke Stresemannstraße, das im Mai 1996 feierlich als Willy-Brandt-Haus eingeweiht wurde.

Als 1997 die Straßen im neuen Berliner Regierungsviertel angelegt wurden, entschied man sich, die Straße direkt vor dem Kanzleramt nach Willy Brandt zu benennen, während Konrad Adenauer mit der Straße gegenüber vor dem Paul-Löbe-Haus geehrt wurde.

Stationen aus dem Leben Willy Brandts sind in einer Ausstellung dokumentiert, die im Forum Willy Brandt, Unter den Linden 62-68, zu sehen ist (momentan als Provisorium), begleitet von einem Filmporträt sowie von wechselnden Sonderausstellungen. Der Eintritt ist kostenlos. Voraussichtlich im Juni 2012 wird an gleicher Stelle die jetzt im Aufbau befindliche, umfassende und multimediale präsentierte Ausstellung über das Leben Brandts eröffnet.

Axel Rühle